



**100 Jahre Islamgesetz in Österreich (15. Juli 1912)**  
Islamisches Zentrum Wien-Floridsdorf (im Hintergrund Donauturm und UNO-City)

*Foto: Markus Ladstätter*

## 100 Jahre Islamgesetz - Wie es zu dem Islamgesetz 1912 kam

Das gesellschaftliche Umfeld, in dem das Islamgesetz 1912 ausgearbeitet wurde, unterschied sich gravierend von den heutigen Gegebenheiten. Anerkannt wird darin die religiöse Überzeugung der "Anhänger des Islams nach hanefitischem Ritus" - also der in den K.u.K.-Provinzen Bosnien und Herzegowina lebenden Muslime.



Bereits 1878, als Österreich-Ungarn ermächtigt wurde, Bosnien und Herzegowina zu verwalten, proklamierte Kaiser Franz Joseph I., "dass alle Söhne dieses Landes gleiches Recht nach dem Gesetze genießen, dass sie alle geschützt werden in ihrem Leben, in ihrem Glauben, in ihrem Hab und Gut." Ihre Grundlage hatten diese Worte in der 1867 erfolgten verfassungsrechtlichen Gleichstellung aller gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in der Donaumonarchie.

1882 kam es zu einer Neu-Organisation der Islamischen Gemeinschaft in Bosnien, die die Strukturen noch heute prägt. Es erfolgte eine gewisse "Hierarchisierung" nach christlichem Muster, Bosnien bekam acht - mit einer Diözese vergleichbare - "Muftiate". An der Spitze stand der mit einem Metropoliten vergleichbare Großmufti, der "Reis-UI-Ulema". Erstmals war es auf europäischem Boden zu einer Konfrontation einer autochthonen muslimischen Bevölkerung mit einem Religionsfreiheit gewährleistenden, westlichen Staatssystem gekommen. Frucht war die

europäische Ausrichtung der bosnischen Muslime als bis heute gültiges Identitätsmerkmal.

Nach der Annexion Bosniens 1908 begannen sofort Bemühungen muslimischer Vertreter in Wien - laut "statistischen Ausweisen" damals nicht einmal 900 Personen -, dem Islam die gesetzliche Anerkennung zu gewähren. Die damit befassten Ministerien gingen behutsam vor und schufen ein im damaligen Europa einmaliges Gesetzeswerk. Den Muslimen wird Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zugebilligt, "jedoch unter Wahrung der Staatsaufsicht". In Paragraph 6 heißt es wörtlich: "Die Religionsgesellschaft der Anhänger des Islams nach hanefitischem Ritus genießt als solche sowie hinsichtlich ihrer Religionsausübung und ihrer Religionsdiener denselben gesetzlichen Schutz wie andere gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaften. Auch die Lehren des Islams, seine Einrichtungen und Gebräuche genießen diesen Schutz, insofern sie nicht mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen."

An der Strafbarkeit der Polygamie im Inland durfte sich freilich nichts ändern; die Muslime waren damit die erste Gruppe, für die in Österreich die obligatorische Zivilehe eingeführt wurde.

Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Nikolaus (Anton) Graf Szécsen, sollte im Vatikan etwaige Irritationen durch das Islamgesetz eruieren. Der damalige Kardinal-Staatssekretär Rafael Merry del Val teilte in einem vertraulichen Gespräch jedoch mit, dass die legislative Maßnahme als "ziemlich selbstverständlich" anzusehen sei.

### Seit 1979 Islamische Glaubensgemeinschaft

In der ersten Republik gab es kaum muslimische Präsenz in Österreich. Erst ab den 1950er Jahren kamen zahlreiche Muslime als Gastarbeiter und Flüchtlinge nach Österreich. Ab 1971 bemühte sich der 1963 gegründete Verein "Moslemischer Sozialdienst" um die Reaktivierung des Islamgesetzes von 1912. 1979 wurde der Antrag auf Gründung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) bewilligt, sie ist als

Körperschaft öffentlichen Rechts die offizielle Vertretung und Verwaltung der religiösen Belange aller mittlerweile mehr als 500.000 in Österreich lebenden Muslime.



*100 Jahr Islamgesetz - Jubiläumsfeier im Wiener Rathaus: Prof. Dr. Mehmet Görmez (Präsident des türkischen Religionsamtes), Bundespräsident Heinz Fischer, IGGiÖ-Präsident Fuat Sanac und Außenminister Michael Spindelegger (v. li n. re)*

### **Aktuellen Bemühungen um eine Novellierung**

Dass das 1912 noch in der Zeit der Donaumonarchie wegen der zum Habsburgerreich dazugestoßenen bosnischen Muslime beschlossene Islamgesetz in die Jahre gekommen ist, steht unter den Experten außer Zweifel. Dessen waren sich alle Teilnehmer der Tagung „100 Jahre Islamgesetz“ sicher, die am 28. Juni 2012 vom Wiener Juridicum, gemeinsam mit dem Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht und dem Außenministerium veranstaltet wurde.

Prof. Potz berichtete von Bemühungen um eine zeitgemäße Novellierung schon in den 1970er Jahren, "als es darum ging, die islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich gemäß Islamgesetz einzurichten und anzuerkennen". Nun sehe es so aus, als würde das 100-Jahr-Jubiläum zum Anlass genommen, "diese notwendigen Dinge zu machen".

Laut Michael Lugger von der Rechtsabteilung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) gibt es seit November 2011 "kontinuierliche Gespräche" mit dem Kultusamt im öster-

reichischen Unterrichtsministerium. Damals hatte IGGiÖ-Präsident Fuat Sanac die Vorstellungen seiner Organisation zu einem "Islamgesetz neu" übergeben, erinnerte Lugger in einem Vortrag über den aktuellen Stand der Neufassung.

Zu den ungeklärten Punkten zählen etwa die islamische Seelsorge, das Schulwesen und die Aus- und Weiterbildung der Imame. Zu ersterem stellte IGGiÖ-Rechtsexperte Lugger die Frage, ob ein christlich geprägter Seelsorgebegriff auch "eins zu eins" auf den Islam angewendet werden könne. Die Imame möchte die IGGiÖ gerne in Österreich statt wie bisher v.a. in der Türkei ausbilden lassen. Dazu liefen Verhandlungen mit den zuständigen Behörden.

Laut Potz fehle es auch an Regelungen etwa der Anstalts- und Militärseelsorge oder des Universitätsrechtes; alles Bereiche, die auch für andere Kirchen und Religionsgesellschaften klar geregelt seien. Beide sind sich darin einig, dass für Muslime Ähnliches zu schaffen sei wie das erst heuer novellierte Israelitengesetz. Dieses enthalte beispielsweise eine Aufzählung der jüdischen Feiertage, die dadurch in die österreichische Rechtsordnung eingebracht würden, informierte Potz. So werde man auch mit den islamischen Festtagen verfahren müssen. Auch eine mit dem Tierschutzgesetz kompatible Regelung des Schächtens werde einzuführen sein. Eine Novelle böte laut Potz auch Gelegenheit, durch ein zwischen Staat und IGGiÖ paktiertes Gesetz die gegenseitige Anerkennung und damit "das Angekommensein beider Partner im 21. Jahrhundert zu demonstrieren".

Dass ein neues Islamgesetz auch die Akzeptanz der Muslime in der Zivilgesellschaft befördern könnte, wäre für Potz "ein Nebeneffekt" und für Zekirija Sejдини (IGGiÖ-Vertreter) ist das Jubiläum des derzeitigen Gesetzes Anlass für den Wunsch, "dass wir es gemeinsam schaffen, dass aus der rechtlichen Anerkennung auch eine höhere Form der gesellschaftlichen Anerkennung wird".

Bei der Tagung im Juridicum wurde die von Potz verfasste und vom Außenministerium herausgegebene Broschüre "100 Jahre österreichisches Islamgesetz" präsentiert. Sie geht ausführlich auf

die Entstehung des Gesetzes im Kontext der Annexion Bosniens ein, sowie auf die 1979 erfolgte Errichtung der IGGiÖ als Körperschaft öffentlichen Rechts für die offizielle Vertretung der religiösen Belange aller in Österreich lebenden Muslime.



### Islamgesetz machte Österreich zum "Vorreiter für ganz Europa"

Das betonte der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ), Fuat Sanac, in einem "Kathpress"-Interview anlässlich des offiziell begangenen Jubiläums. Er hoffe, dass das "gute Modell" der staatlichen Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft in ganz Europa Nachahmer findet. Laut Sanac arbeite die IGGiÖ daran gemeinsam mit muslimischen Organisationen in anderen europäischen Ländern: "Die fragen uns, wie wir es geschafft haben, so viele muslimische Gruppierungen unter dem Dach der IGGiÖ zu vereinen, und holen sich Rat", sagte der seit 2011 amtierende IGGiÖ-Präsident.

Die Stellung der Muslime in Österreich bewertete Sanac als "sehr gut, besser als in vielen anderen Staaten" - auch in islamisch geprägten, wie er versicherte. Hierzulande könne man in Ruhe und Frieden leben.

Seitens der Kirchen habe er sich bei derlei Grenzüberschreitungen gut unterstützt gefühlt, sagte Sanac. Er betonte seine guten Kontakte zur katholischen wie auch zu anderen christlichen Kirchen in Österreich. Erst jüngst habe sich dieses konstruktive interreligiöse Klima in der Gründung einer Plattform der Kirchen und Religionsgesellschaften niedergeschlagen, auf der die staatlich

anerkannten Religionsgemeinschaften Austausch und Zusammenarbeit über politische und rechtliche Themen verstärken wollen.

Die Religionen müssten zusammenarbeiten im Sinn der Harmonie unter den Menschen, betonte Sanac. Deren oberste Priorität sei der Friede; die Legitimierung von Krieg, Terrorismus oder Fundamentalismus hingegen widerspreche den Grundsätzen jeder Religion. Dies im Dialog klarzustellen sei Aufgabe der religiösen Repräsentanten, die eine Vorbildfunktion für die Menschen an der Basis hätten. Die IGGiÖ suche hier Einflussnahme von "oben" nach "unten": Auch auf regionaler Ebene sollten Muslime mit anderen Religionen und Kirchen zusammenarbeiten.

Das Verhältnis von Religion und Staat will der türkischstämmige IGGiÖ-Präsident nicht nach dem Muster der französischen Laïcité gestaltet wissen, die Religion aus dem öffentlichen Leben vertreiben wolle; es gebe auch Säkularisierung in dem Sinn, dass Staat und Religionen ihre je eigenen Aufgabenbereiche haben und miteinander kooperieren. Indirekt wird damit natürlich auch die offene Diskussion über Religion und Staat in der Türkei angesprochen. In Österreich hätten Staat und Religionsgemeinschaften "die Aufgaben unter sich verteilt", sie "kontrollieren und helfen einander". Auch in dieser Hinsicht ist Österreich für Sanac ein Vorbild.

Für die Zukunft der Muslime in Österreich hält es der oberste Repräsentant der heimischen Muslime für entscheidend, dass sich diese hier beheimatet fühlen. Die erste Generation muslimischer Zuwanderer habe "schuffen müssen statt lernen zu können" und dabei auch Angst gehabt, ihre kulturellen Wurzeln zu verlieren. Die zweite Generation sei hierzulande mehr verwurzelt, habe die Sprache, Geschichte, Kultur Österreichs gelernt, viele würden studieren - "nicht genug, aber immerhin". "Wir sind auf dem richtigen Weg", befand Sanac, aber es werde wohl noch ein paar Jahre dauern, bis Muslime auch engagierte Politikerinnen und Politiker und andere Repräsentanten im öffentlichen Leben stellen. "Das müssen sie sich aber verdienen, das kann man nicht schenken", so Sanac.